

April 2018

- 1 Eine gar nicht leise Machtergreifung.
- 1 Buchempfehlung
- 2 Einladung zur Veranstaltung „Österreich auf dem RECHTEN Weg?“
- 2 Sebastian Kurz, die FPÖ und die Burschenschaften
- 4 Jahresversammlung AM vom 7.3.2018

Impressum:

Eigentümer & Herausgeber:
AKTION MITMENSCH WIENER
NEUSTADT

Anschrift: c/o Maximilian Huber,
Reyergasse 7/10, 2700 Wiener
Neustadt

Redaktion: Maximilian Huber,
Anna Seif, Jan Müller, Kathi
Brenner

Druck: REPA.neo, Grazer Straße
89, 2700 Wiener Neustadt

Kontakt:

<http://mitmensch.at>
info@mitmensch.at

Bankverbindung:

Wiener Neustädter Sparkasse
IBAN: AT46 2026 7000 0000 3988
BIC: WINSATWNXXX

Literatur zur Veranstaltung „Österreich am rechten Weg“

Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘
Herausgeber: Judith Goetz,
Joseph Maria Sedlacek und
Alexander Winkler



Eine gar nicht leise Machtergreifung

Wen wählen wir, wenn wir die FPÖ wählen?

Unter Strache ist es an der Parteispitze zu einem spektakulären Machtwechsel gekommen, der von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde: Die FPÖ wird von einem Parteiohmann und fünf Stellvertretern geführt – bis auf eine Ausnahme alles deutschnationale schlagende Burschenschafter. Überall haben sie die Mehrheit: in den wichtigsten Parteigremien, im Nationalrat und bei den parlamentarischen Mitarbeitern. Mittlerweile auch in verschiedenen Landtagen, Gemeinderäten, Ministerien und verstaatlichten Firmen.

Wer regiert uns also, mit stillschweigender Duldung unseres türkisen Bundeskanzlers? Die deutschnationalen Korporierten haben die FPÖ zuerst unterwandert, dann dominiert und letztendlich in Besitz genommen. Unsere Veranstaltung will dieser Politik durch Aufklärung begegnen. Es ist zivilgesellschaftlicher Widerstand nötig im Kampf gegen Ausgrenzung, Lügen, Verleumdung, Hasskampagnen, Korruption, Postenschacher und braune Geschichtsfälschung.

Der Begriff Rechtsextremismus wird im Sinne der Definition des Rechtsextremismus- und Faschismus-Forschers Willibald Holzer verwendet. Als wichtigste Kriterien nennt dieser Antiliberalismus, Antipluralismus, Reduktion komplizierter sozialer Zusammenhänge auf ein Freund-Feind-Schema, Frontstellung gegen die (repräsentative Parteien-) Demokratie, die Forderung nach einem starken Staat, autoritäres Führer- und Gefolgschaftsprinzip, Volksgemeinschaftsideologie, völkischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, Antifeminismus, die Behauptung naturgegebener sozialer Differenzen, Stärke- und Männlichkeitskult bis hin zur Gewaltbereitschaft sowie unterschiedliche Formen des Revisionismus (Geschichtsfälschung).

Für die Einordnung von Personen und Gruppen als rechtsextrem reicht es, wenn sich einige der wesentlichen Merkmale nachweisen lassen, was sinngemäß auch für den Begriff Neonazismus gilt. Angehörige pennaler und akademischer völkischer Korporationen werden mit dem geläufigen Sammelbegriff Burschenschafter bezeichnet. Die Unterscheidung zwischen Mitgliedern von Burschenschaften, Landsmannschaften, Sängerschaften, Gildenschaften usw. ist

verzichtbar, weil die völkischen Korporationen ideologisch durch die Dachverbände weitgehend gleichgeschaltet sind. In keinem Fall gilt dies für katholische Verbindungen wie CV, K.Ö.St.V oder MKV.

Norbert Hofer ist Burschenschafter. Sein Präsidentschaftswahlkampf war eine Art Dammbbruch, der der FPÖ den Weg zu den erfolgreichen Nationalratswahlen und der anschließenden Regierungseteiligung bereitet hat. Mit unabsehbaren Folgen für die Gesellschaftsordnung, das politische System Österreichs sowie die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und der Europäischen Union.

In einem Erkenntnis hat der österreichische Verfassungsgerichtshof 1985 festgestellt: „Die kompromisslose Ablehnung des Nationalsozialismus ist ein grundlegendes Merkmal der wiedererstandenen Republik.“ Österreichs deutschnationale schlagende Verbindungen scheinen sich nicht daran gebunden zu fühlen. Unzählige Vorkommnisse belegen, dass sie sich aus den Traditionen des Nationalsozialismus nie befreit haben.

Ist die FPÖ eine Partei, die die Menschenrechte achtet? Sind rechtsextreme Aussagen und Handlungen freiheitlicher Politiker seltene Einzelfälle? Oder kommen sie dauernd vor?

Ist die FPÖ regierungsfähig? Oder spricht alles dafür, dass sie als Regierungspartei mit rechtsextremen Aktivitäten der Demokratie schweren Schaden zufügen wird?

Das Mauthausen Komitee Österreich hat rund 60 einschlägige Fälle der jüngeren Vergangenheit knapp und übersichtlich dargestellt. Welche Antworten geben diese Fälle auf die obigen Fragen?

www.mkoe.at

Welche Schlüsse muss man aus dem rechtsextremen Verhalten von Burschenschafter und FPÖ ziehen?

„Die FPÖ will die Menschenrechte einschränken“ Das haben sowohl Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache als auch Innenminister Herbert Kickl ausdrücklich erklärt.

„Die FPÖ beschimpft, verhöhnt und verleumdet Andersdenkende.“ – Bewusst ignoriert sie die Grenzen demokratischer Auseinandersetzung. Nicht einmal vor Toten wie dem NS-Opfer Friedrich Zawrel macht sie halt.

„Die FPÖ geht gegen die Meinungsfreiheit vor.“ – Das haben zuletzt der erzwungene Abbruch eines Schulvortrages

und die Einrichtung einer „Meldestelle“ zur Denunziation politisch missliebiger Lehrkräfte bewiesen.

„Die FPÖ hetzt in übelster Weise gegen Flüchtlinge und Minderheiten.“ – Rassismus ist an der Tagesordnung. Gezielt werden Vorurteile geschürt und Feindbilder verbreitet. Auch der Antisemitismus bricht immer wieder durch.

In Wiener Neustadt gab es zuletzt die Affäre um das Liederbuch „Germania zu Wiener Neustadt“ und den darauffolgenden Rücktritt des FPÖ-Spitzenkandidaten für die NÖ-Landtagswahl 2018. Vieles liegt halb oder ganz im Verborgenen, wie z. B. die seltsamen Eigentumsverhältnisse des „Rabenturms“ in dem die einschlägige Burschenschaft sich eingemietet hat. Ein FPÖ-Stadtrat, übrigens der Nachfolger von Udo Landbauer im Stadtrat und im Landtag, hat schon einmal die Identitären herzlich ins Wiener Neustädter Rathaus eingeladen.

Viel Licht gilt es also ins Dunkel zu bringen.

Ihr Maximilian Huber

Sprecher Aktion Mitmensch
Wiener Neustadt

Die Aktion Mitmensch Wiener Neustadt lädt ein:

„Österreich auf dem RECHTEN Weg“

Die Unterwanderung von Regierung, Parlament, Gemeinderäten und Institutionen durch rechtsextreme Burschen- und Mädelschaften und Identitäre.

Vortrag, Podiums- und Publikumsdiskussion mit den Referentinnen:

Judith Goetz, lehrt an den Universitäten Graz, Klagenfurt, Salzburg und Wien

Dr. Brigitte Bailer, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW),
Honorarprofessorin für Zeitgeschichte an der Universität Wien

Moderation: Maximilian Huber, Sprecher von
Aktion Mitmensch

Dienstag, 24. 04. 2018, 19:00 Uhr

**Bildungszentrum St. Bernhard
Domplatz 1, Zweiter Stock,
2700 Wiener Neustadt,**

Lift vorhanden

Eintritt: Freie Spende

Sebastian Kurz, die FPÖ und die Burschenschaften

Türkis-Blau – temporäre Zweckgemeinschaft oder strategische Partnerschaft?

Viele Menschen fragen sich, wie konnte Sebastian Kurz mit einer FPÖ zusammengehen, welche doch – in ihren Augen – von Burschenschäftern dominiert wird. Viele dieser Menschen geraten ob des deutsch-nationalen Lied- und Gedankenguts mancher Burschenschaften in größere Besorgnis als angesichts des von Kurz eingeleiteten Sozialabbaus.

Es wäre also einerseits das Verhältnis zwischen FPÖ und Burschenschaften zu klären, andererseits die Frage, wie Sebastian Kurz das Bündnis mit der FPÖ angelegt hat – sowohl inhaltlich als auch strategisch.

Die Neue Rechte

„Unsere“ schlagenden Burschenschaften haben immer noch einige Wurzeln im historischen Nationalsozialismus in den Ideen des Dritten Reiches. Inzwischen gibt es aber einen neuen, „moderner“ Rechtsextremismus, der sich stärker auf aktuelle Widersprüche/Konflikte bezieht: auf Migration, Geflüchtete, Asylsuchende, Islam, „völkische Unterwanderung“, „Kulturverlust“ und Islamisierung. Bei der AfD gibt es zwar auch „klassische Nazis“, etwa Bernd Höcke („nicht Holocaust-Mahnmäler sondern Denkmäler errichten“), der überwiegende Teil neigt aber eher zur modernen Faschismusvariante – so wie ihn auch die Identitären praktizieren. Gegen Juden hält man sich vorerst zurück, es gibt ja neue, allgegenwärtigere Feindbilder: FPÖ-FunktionärInnen etwa konnten Geflüchtete als Erd-, Höhlen- und Steinzeitmenschen bezeichnen – ungestraft wohlgerückt.

Einseitige Kritik an Burschenschaften, insbesondere deren NSDAP-Nostalgie, nährt – ungewollt – die Illusion, die FPÖ wäre halb so schlimm, gäbe es nur diese Burschenschaften nicht. Dem ist aber nicht so: Der Einfluss der Burschenschaften auf die FPÖ ist geringer als es umgekehrt Einfluss und Kontrolle der FPÖ gegenüber den Burschenschaften sind. Und: Rechtspopulistische, rassistische, nationalistische, und homophobe Grundhaltungen sind bei weitem kein Privileg von Burschenschäftern:

Herbert Kickl (Nicht-Burschenschäftler) ist mindestens so radikal wie H. C. Strache (Burschenschäftler),

Harald Vilimsky (Nicht-Burschenschäftler) ist offenbar rabiater als Norbert Hofer (Burschenschäftler),

Michael Schnedlitz (Nicht-Burschenschäftler, aber Förderer der Identitären) ist eher radikaler als Udo Landbauer (Burschenschäftler).

Das Stärkeverhältnis der FPÖ in den letzten 20 Jahren

Die FPÖ ist seit über 20 Jahren eine von drei (mittel-)großen Parteien in Österreich. 1999 erreichte sie unter Jörg Haider 27%, 2008 erreichten FPÖ und BZÖ zusammen über 28%, vor dem Auftauchen von Sebastian Kurz lag die FPÖ mehrere Jahre bei 35%, zwischenzeitlich sogar bei 37% (in den Jahren davor: 1994 22,5%, 1995 22%).

Lediglich nach dem Putsch von Knittelfeld 2002 und den darauf von Schüssel herbeigeführten Wahlen sackte die FPÖ vorübergehend auf 10% ab. Über all die Jahre waren in der FPÖ Rechtsradikalismus, Rassismus, Nationalismus und Verhetzung etwa gleich stark ausgeprägt. Lediglich zur Zeit von Schwarz-Blau I (Schüssel-Haider) hat Jörg Haider die Burschenschäftler und Ulrichsberg-Recken aus taktischen Grün-

den etwas eingebremst - so wie sich Strache jetzt gezwungen sieht, die Burschenschaften etwas an die Leine zu nehmen und ihr ein (scheinbar) geläutertes Image zu verpassen (siehe Historikerkommission). Nochmals: Die FPÖ ist - was Grundsätze, Politik und Stärke betrifft - seit zumindest 20 Jahren im Wesentlichen eine Konstante.

Baumeister der neuen Situation: Sebastian Kurz

Der Unterfertigte vertritt die Ansicht, dass Wolfgang Schüssel (2000) die Liaison mit der FPÖ von vornherein nicht langfristig-strategisch angelegt hat. Eher wollte er die FPÖ in Regierungsverantwortung **entzaubern**, von ihr Stimmen erben und so 2004 wieder stärkste Partei werden. Viele FPÖ-Wähler würden ja Haider Versprechen und Ankündigungen ernst nehmen (etwa die Ankündigung „Wir werden ausmisten in diesem Land“ oder die Vision einer FPÖ als „Sauberkeitspartei“). Mit einer ÖVP als wieder stärkste Partei hätte Schüssel FPÖ und SPÖ gegeneinander ausspielen können/wollen. Der Knittelfeld-Putsch innerhalb der FPÖ hat dies erübrigt: Schüssel hat der FPÖ bei den NR-Wahlen 2002 rund 15% Stimmen abgenommen (kam so auf 42%) und konnte mit einer Rumpf-FPÖ (mit 10% Wähleranteil) bequem und risikolos weiterregieren.

Ganz anders hingegen das Konstrukt von Sebastian Kurz: Türkis-Blau ist auf lange Sicht angelegt. Kurz lässt der FPÖ Raum zum Atmen und Entfalten. Bei Kurz und Strache ist von gegenseitigem Belauern - wie seinerzeit zwischen Schüssel und Haider - nichts zu sehen. Im Vordergrund steht - wahrscheinlich noch längere Zeit - Kooperation auf Augenhöhe. Kurz selbst färbt nicht nur bisher rot eingefärbte Ressorts in Richtung Türkis um, sondern gesteht auch der FPÖ „das Recht“ zu, bisher schwarz eingefärbte Ressorts blau umzufärben. Erst recht dann, wenn die FPÖ schwarze Funktionäre mit halbwegs rechtsstaatlicher Gesinnung abschießen will - solche sind nämlich auch Kurz im Wege. Siehe Überfall auf das BVT; die Suspendierung des „schwarzen“ BVT-Direktors Peter Gridling; die Entwendung einer Unmenge von Daten aus dem Extremismus-Referat von Sibylle Geißler - welche u. a. rechtsextreme Kontakte Innenminister Herbert Kickl und des Überfall-Kommandanten und FPÖ-Funktionärs Wolfgang Preisler dokumentiert hatte. Und die ÖVP? Sie hält in strammer Eintracht der FPÖ die Stange, weist Kritik oder gar Forderungen nach einem Untersuchungsausschuss konsequent zurück.

Dennoch glauben immer noch viele, Kurz bediene sich der FPÖ vorrangig zur Mehrheitsbeschaffung. Weit gefehlt: Kurz will einerseits massive Eingriffe in die Arbeitswelt, andererseits sehr wohl auch Demokratieabbau. Letzteres überlässt er weitgehend der FPÖ (zwecks besserer Optik nach außen), ersteres ist hingegen seine ureigenste Domäne. Wenn Kurz die FPÖ hin und wieder vorsichtig einbremst (anstelle üblicher Beschönigungen), dann wegen der Außenwirkung in Richtung EU, teilweise auch mit Blick auf liberal-konservative ÖVP-Kreise - in der Regel aber nicht aus Überzeugung.

Was bzw. wer steckt hinter Sebastian Kurz?

Es begann vor zweieinhalb Jahren in Oberösterreich: Im Oktober 2015 hoben Josef Pühringer (ÖVP) und Manfred Haimbuchner (FPÖ) die erste (de facto) schwarz-blaue Landesregierung Österreichs aus der Taufe: ÖVP und FPÖ stellen sieben der neun LandesrätInnen, beide Parteien haben sich durch ein „Arbeitsübereinkommen“ gegenseitig verpflichtet (bekannt als „Versuchslabor Oberösterreich“). Betreiber dieser Konstellation war und ist die Industriellenvereinigung Oberösterreich - dabei gar nicht sonder-

lich um Diskretion bemüht. Warum gerade in Oberösterreich? O.Ö. ist das mit Abstand exportstärkste Bundesland (pro Jahr 8,8 Mrd. Euro Export**überschuss!**). O.Ö. hat die größte Dichte an globalen Playern: VOEST, Chemie Linz, AMAG (Aluminium), Lenzing (Zellstoff), BMW, Magna Steyr, Bosch, SKF, ABB, Engel, KTM und einige mehr. Die genannten exportorientierten Konzerne sind - bei KTM mit Einschränkungen - kaum bis gar nicht auf den Inlandsmarkt angewiesen, damit nur geringfügig auf die Inlandskaufkraft und die österreichische Lohnsumme. Wichtig ist solchen Konzernen primär zweierlei: niedrige Kosten der Arbeit (bei gleichzeitig hoher Verfügbarkeit derselben) und eine hohe - natürlich vom Staat zu garantierende - **Ausbildungsqualität**. O. Ö. hat als erstes Bundesland mit starken Einschnitten bei der sozialen Infrastruktur und gleichzeitige hohen Förderungen für die Exportwirtschaft begonnen.

Mittlerweile fühlt sich die Elite der gesamtösterreichischen, insbesondere exportorientierten Wirtschaft - vertreten durch die Industriellenvereinigung - stark genug, das Modell Oberösterreich auf ganz Österreich auszuweiten. Dem Motto „Stärkung des Standortes Österreich“ soll (fast) alles untergeordnet werden. Umgelegt auf Betriebe und Konzerne: Geschäftsführung und Belegschaft sollen sich zu einer „Erfolgsgemeinschaft“ (© Sebastian Kurz) verbünden - damit auch zu einer Kampfgemeinschaft. In Zeiten verschärfter internationaler Konkurrenz müssten Belegschaften daher auch erschwerte Kampfbedingungen hinnehmen - etwa den 12 Stunden-Tag, die 60 Stunden-Woche (aber auch vieles andere mehr).

Und die Rolle der FPÖ in diesem Zusammenhang?

Im Deutschland Anfang der 2000-er Jahre hätte eine CDU-Regierung - mit der SPD in Opposition - niemals soziale Einschnitte à la Agenda 2010 (mit Hartz IV als Herzstück) durchsetzen können. Dies konnte nur einer - von Gerhard Schröder übernommenen - „Arbeitnehmerpartei“ SPD, mit den Grünen als Juniorpartner, gelingen. Nur die SPD konnte zwangsläufige Gewerkschaftsproteste in Grenzen halten. Im Hintergrund agierten dabei deutsche Großkonzerne aus dem Schwerindustrie-, Auto-, Chemie- und Energiesektor, ferner die mit diesen eng verbandelten SPD-Landesorganisationen von Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen (VW).

Ähnlich haben Industriellenvereinigung und in der Exportwirtschaft engagierten Großbanken schon im Zusammenhang mit Schwarz-Blau in O. Ö. erkannt, dass Agenda 2010- bzw. Hartz IV-ähnliche Einschnitte nur gemeinsam mit der aktuellen österreichischen Arbeiterpartei gelingen können - also mit der FPÖ. Denn: Bei den letzten Nationalratswahlen (15. 10. 2017) hat die FPÖ bei Arbeitern mehr als dreimal so viele Stimmen bekommen als die SPÖ, bei den Angestellten lagen beide Parteien gleichauf, Lehrlinge gaben der FPÖ fast um die Hälfte mehr Stimmen als der SPÖ. Bei den Landtagswahlen in Tirol am 25. 2. 2018 haben - bereits unter dem Eindruck von Türkis-Blau! - fünfmal so viele Arbeiter die FPÖ gewählt als die SPÖ. Man kann damit rechnen, dass die österreichische Arbeitnehmerschaft noch einige Jahre blauäugig genug sein und glauben wird, die FPÖ vertrete ihre Interessen.

Kurz und Strache als Partner an einer (relativ) neuen Spaltungsfrent

Die FPÖ hat es bisher am besten verstanden, die „einheimische“ Bevölkerung gegenüber folgenden, als Bedrohung stilisierten Menschengruppen aufzubringen und abzuspalten: Migranten, Geflüchtete, Dunkelhäu-

tige und Moslems. Allerdings tat sich in dieser Hinsicht auch die NÖ-ÖVP (Pröll, Sobotka, Mikl-Leitner) hervor.

Bei einer weiteren, erst in den letzten Jahren großflächig an Bedeutung gewonnenen, von Sebastian Kurz verfeinerten und perfektionierten Spaltungslinie hätte die SPÖ - im Falle von Türkei-Rot - nur sehr verhalten mitmachen können. Die FPÖ aber kann und tut dies voll und ganz. Es geht um die Spaltung zwischen jenen, die Arbeit haben und jenen, welche keine haben (auch wenn letztere noch so verzweifelt Arbeit suchen). Waren es früher primär „Abgehängte“ (etwa Menschen ohne Arbeit), etwas später auch vom Abgehängt-Werden (etwa Arbeitsplatzverlust) bedrohte Menschen, welche Pegida, Front National oder FPÖ wählten, so ist es inzwischen anders: Menschen ohne jegliche Zukunfts- oder gar Existenzangst wählen auf einmal massenweise die FPÖ (nur so kam diese vor ein bis zwei Jahren auf 35 bis 37%). Denn: Auch solche Menschen fühlen sich neuerdings - auf andere, subtilere Weise - bedroht, zumindest betrogen. Und zwar dadurch, dass ihr Fleiß zu wenig belohnt würde, dass ihre - ja viel zu hohen - Steuern Menschen zugutekämen, welche „nicht arbeiten“ oder „gar nicht arbeiten wollen“. Oder noch nicht (bzw. zu wenig) „ins Sozialsystem eingezahlt haben“. Menschen also, welche zur Verteidigung und Stärkung „unseres“ Standorts nichts beitragen, daher unsere Wirtschaft und alle hart arbeitenden Menschen bzw. deren Arbeitsplätze gefährdeten. Daher runter mit der Arbeitslosenunterstützung, weg mit der Notstandshilfe (als Versicherungsleistung), dafür hinein in die Mindestsicherung (als Sozialleistung), natürlich auch runter mit der Mindestsicherung und Deckelung derselben. Und zwangsläufig runter mit den Zumutbarkeits-Bestimmungen für Arbeitsuchende. Und wozu mehr als 25 oder 30 Euro für im Ausland lebende Kinder zahlen, welche oft monatelang ihre - etwa in Österreich pflegende - Mutter nicht sehen?



Ein Trost für christgläubige Bezieher der gekürzten Mindestsicherung
Foto: APA

Insgesamt also: Menschen ohne Arbeit als Bedrohung für Menschen mit/in Arbeit. Und Türkei-Blau als Beschützerin der Fleißigen vor jenen ohne Arbeit(swillen).

Inzwischen treten - als Folge dieser Sündenbock-Propaganda - schon 57% aller ÖsterreicherInnen für die Senkung der Arbeitslosenunterstützung für Langzeitarbeitslose ein, ebenso für die Senkung der Mindestsicherung - und zwar nicht nur für „Ausländer“ (Stand Februar 2018). Niedrigstlöhne und das Fehlen eines flächendeckenden Mindestlohns sind hingegen kein Thema. Auch kein Thema: Finanzminister Löger - noch ganz UNIQA-Chef - tritt (auch

innerhalb der EU) gegen die Verpflichtung multinationaler Konzerne ein, angeben zu müssen, in welchen Ländern sie welche Umsätze und in welchen Ländern sie welche Gewinne machen.

Toller Nebeneffekt: Arbeitslosigkeit erscheint als selbst verschuldetes Phänomen. Und nicht als Zeugnis dafür, dass die freie Marktwirtschaft zwar alle Menschen als Konsumenten braucht, aber nur einen Teil dieser Menschen für die Produktion von Waren und Dienstleistungen (samt Vertrieb und Verwaltung) vonnöten ist - und dadurch ständig „Überschussbevölkerung“ produziert (hier darf man Österreich nicht isoliert betrachten, man müsste die Massenarbeitslosigkeit etwa in Südeuropa miteinbeziehen. Solche Regionen werden ja von Exportnationen wie Deutschland oder Österreich „niederexportiert“. Wir exportieren dadurch große Teile unserer eigenen (fiktiven) Arbeitslosigkeit in andere Länder).

Abschließend

Für die auf uns zukommende Politik ist primär Sebastian Kurz verantwortlich. Denn er hat den Schalter umgelegt in Richtung eines politischen Systems, in welchem sich auch eine FPÖ voll einbringen und entfalten kann. Kurz hätte den Schalter auch in die andere Richtung umlegen können: für eine Politik nach den Grundsätzen der christlichen Soziallehre und einer solidarischen Gesellschaft - etwa mit der SPÖ als Partnerin. Nur wäre ein solcher Sebastian Kurz von der Industriellenvereinigung (samt verpartnerten Großbanken) weder gefördert noch gesponsert worden.

Jan Müller

Jahresversammlung 2018 AKTION MITMENSCH

Am Mittwoch den 7. März 2018 fand im Café Restaurant „Einhorn“, Singergasse 15, 2700 Wiener Neustadt, unsere heurige Jahresversammlung statt.

Folgende Personen wurden in den Vorstand gewählt:

Vorstandssprecher: Maximilian Huber

Vorstandssprecher Stellvertreterin: Sandra Eigner-Kobenz

Vorstandssprecher Stellvertreter: Mag. Edwin Stangl

Finanzreferentin: Ingeborg Panzenböck

Schriftführerin: Anna Seif

Schriftführerin Stellvertreterin: Katharina Brenner

Überregionale Kontakte für die Bereiche Menschenrechte, Soziales und Ökologie: DI Johann (Jan) Müller

Als Rechnungsprüferinnen haben sich wieder bereit erklärt: Barbara Prettner, Renate Fischer



**Wir danken allen
für ihr
Engagement!**